

Haushaltsrede 2016

Für das, was wir gerne etwas pauschal Lebensqualität nennen, spielen die Städte und Gemeinden eine überragende Rolle. Sie tragen ganz maßgeblich dazu bei, jenes Lebensgefühl in den Menschen zu wecken, das wir Heimat nennen. Es spricht manches dafür, dass in Zeiten der Globalisierung das Orientierungs- und Identifikationsbedürfnis wachsen wird. Das Bedürfnis, irgendwo zu Hause zu sein ist kein nostalgischer Blick zurück sondern ein vitales Bedürfnis, Man möchte irgendwo einen festen Punkt im Leben haben. Von hier aus kann man das immer rasantere Geschehen um einen herum wenigstens halbwegs gesichert beobachten.

Daraus ergeben sich aus meiner Sicht für uns Kommunalpolitiker drei Hauptaufgaben:

- Wir müssen verhindern, dass die kommunale Selbstverwaltung zur Farce wird. Schon heute sind die Bereiche originärer Zuständigkeit und Budgethoheit immer stärker durch Vorgaben von EU, Bund und Land eingeschränkt.
- Wir müssen den Weg der Beteiligung und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Entscheidungsprozesse weiter gehen
- Wir müssen im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik finanziell Handlungsfähig bleiben
Wir wollen die Gestaltungsspielräume des Rates zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt erhalten.

In diesem Sinne sind wir froh, dass es dem Kämmerer gelungen ist einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und damit voraussichtlich die Haushaltssicherung in den nächsten Jahren zu vermeiden

Um in 2015 diesen Zielen unter den gegebenen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, ist ein Dreiklang erforderlich. Wir müssen die vorhandenen Mittel möglichst effektiv einsetzen, wir werden notgedrungen Schulden machen müssen und wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger in vernünftigem Maße zusätzlich an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

Deshalb trägt unsere Fraktion auch die im Haushalt enthaltenen Kürzungen vieler freiwilliger Leistungen um 1,5% sowie die Erhöhung der Grund und Gewerbesteuer mit.

Dass die GRÜNEN den Haushalt 2016 trotzdem ablehnen, liegt daran, dass die Mehrheit des Rates, wie man im Volksmund sagt, mit dem Hintern das umreißt, was mit den Händen aufgebaut wurde.

Ich meine das geplante Parkhaus am Finanzamt. Schon die grundsätzliche Entscheidung für ein zusätzliches Parkhaus ist zu hinterfragen. Die Gutachter zur Beurteilung unserer gegenwärtigen Parkplatzsituation konstatieren eine Auslastung unserer Parkplätze von 60%, Parknotstand sieht anders aus.

Zudem hat das Klinikum als eine treibende Kraft des Parkhausbaus es in den letzten Jahren verhindert, dass eigene Flächen zur Schaffung von Parkraum bereit gestellt worden wären. Geeignete Flächen wurden für andere Zwecke vermarktet. Es mutet in diesem

Zusammenhang schon merkwürdig an, wenn die Betriebsräte des Klinikums nicht von Ihrer Geschäftsleitung, sondern von unserem Bürgermeister zusätzliche Parkplätze fordern.

Insoweit ist es sicherlich berechtigt, die Frage zu stellen ob es in unserer Stadt für knapp 4 Mio € nicht wichtigere Investitionen gibt, z.B. an den Schulen

Was aus unserer Sicht allerdings gar nicht geht, ist die Subventionierung des Parkens in diesem Parkhaus durch den städtischen Haushalt und damit durch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Aus meiner Sicht besteht das durchaus berechtigte Anliegen des Landes NRW als Eigentümer, durch die Baumaßnahme seine Bediensteten nicht zu benachteiligen, indem Ihnen die kostenfreien Parkplätze genommen werden. Dies führt aber dazu, dass ein relevanter Teil von Stellplätzen im Parkhaus zwar von der Stadt gebaut wird, aber keine Einnahmen generiert.

Während überall in der Republik Investoren erkennen, das man mit Parkhäusern in geeigneten Lagen Geld verdienen kann, sollen hier jährlich 120.000.-€ plus X für das Abstellen von Autos dazugebuttert werden.

Bei allem Verständnis für Ihren Wunsch nach einer breiten Mehrheit für den Haushalt, aber hier werden Grundüberzeugungen unserer Partei sowohl hinsichtlich einer nachhaltigen Finanzpolitik als auch im Hinblick auf eine klimaökologisch notwendige Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs überstrapaziert.

In diesem Zusammenhang möchte ich vermuten, dass die Beschlüsse der Detcon zur Neuordnung der Gebühren fürs Parken im öffentlichen Raum und in den Parkhäusern keine lange Haltbarkeit haben. Das Beschlossene Konzept ist sowohl in ökologischer Hinsicht -Stichwort Lenkung des Parksuchverkehrs - als auch in finanzwirtschaftlicher Hinsicht nicht zukunftsfähig.

Neben diesem zentralen Argument möchte ich kurz weitere Kritikpunkte ansprechen:

- Das Konzept der Jugendarbeit in der „Villa am Hügel“ wird von den Fachleuten als dringend modernisierungsbedürftig angesehen, die Gespräche über neue Konzepte verlaufend äußerst schleppend. Weiter Haushaltsmittel für den Träger, den Kinderschutzbund müssen nach unserer Auffassung zwingend an eine Reform der Arbeit dieser Einrichtung geknüpft werden.
- Es ist aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen, dass die Mittel aus der Sportpauschale 2016 vollständig für Kunstrasenplätze ausgegeben werden sollen und für andere Sportanlagen kaum etwas übrig bleibt.
- Alle Fraktionen haben sich bereit erklärt, durch Kürzung bei den Fraktionsmittel einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Wir bedauern, dass es nicht möglich war, einen eigenen Kostensenkungsbeitrag des Rates durch Abschaffung eines Ausschusses zu leisten. Aus unserer Sicht ist der Ausschuß für Bürgerservice, Ordnung und Feuerwehr überflüssig, die Aufgaben können durch den Ausschuss für städtische Betriebe und den HFA übernommen werden.
- Wie unter TO 9 noch zu besprechen sein wird, wären auch Einsparungen bei den Pensionsleistungen an ehemalige Spitzenbeamte der Stadt möglich gewesen.

- In meiner Rede im vergangenen Jahr hatte ich den Umgang mit den Bäumen in der Bahnhofstrasse kritisch angemerkt. Die Ignoranz und mangelnde Wertschätzung gegenüber unseren Stadtbäumen wird dieses Jahr auf die Spitze getrieben. Wenn als Bestandteil der Haushaltsvereinbarung zwischen CDU und SPD die Abschaffung der Baumschutzsatzung vereinbart wird, ist dies aus unserer Sicht ein ökologischer Offenbarungseid.

Vor wenigen Tagen wurde der Weltklimagipfel in Paris abgeschlossen. Zur Umsetzung der Ziele gilt das alte Motto: „Global denken und lokal handeln“. Mit den Beschlüssen zum Individualverkehr und gegen die Stadtbäume trägt die Stadt Detmold nicht zum Klimaschutz bei.

Der Haushalt 2016 wird natürlich auch stark durch die Herausforderung des Zuzugs von Flüchtlingen in unsere Stadt geprägt.

Auch wenn es nicht unmittelbar haushaltsrelevant ist, möchte ich in diesem Zusammenhang drei Punkte ansprechen:

Für unsere Fraktion möchte ich dem Bürgermeister und der Verwaltung insgesamt für die ruhige und entschlossene Arbeit danken. Die Umsetzung des Ziels einer möglichst dezentralen Flüchtlingsunterbringung ist trotz mancher Schwierigkeiten vor Ort auf gutem Weg. Auch der Umgang mit den selbstverständlichen Sorgen und Befürchtungen der Menschen in den Stadtteilen sind durch die Informationsarbeit in guten Händen.

Es ist erfreulich, dass in dieser Frage alle Parteien im Rat zusammenstehen. Die gemeinsamen Aktionen gegen populistische Panikmache der AfD ist hier ein gutes Beispiel. Viel wichtiger aber ist der Grundkonsens, dass der Zuzug von Menschen in unserer Stadt auch Chancen für die Zukunft birgt. Wir wollen gemeinsam alles in unseren Kräften und Möglichkeiten stehende tun, um bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge diese Chancen zu wahren.

Herausragend ist aber die Kraft der Zivilgesellschaft, der Hilfsorganisationen und der ehrenamtlich tätigen Menschen in dieser Stadt. Ohne dieses Engagement wäre vieles nicht möglich. Allen Beteiligten sprechen wir unseren Dank und unseren Respekt aus.

In diesem Zusammenhang ist die Streichung des städtischen Zuschusses für die Flüchtlingshilfe einfach nur peinlich.

Ich begrüße es sehr, dass die Stadt Detmold in dieser Situation zum Akteur des Wohnungsbaus wird. Ich bin ein Anhänger des öffentlichen und insbesondere des kommunalen Wohnungsbaus und der kommunalen Wohnungswirtschaft. Ich glaube, dass modifizierte baurechtliche Regelungen und insbesondere geänderte Fördermargen den sozialen Wohnungsbau insgesamt auch für die Kommune als Bauträger interessant machen werden.

Der Wohnungsmarkt darf nicht den privaten Eigentümern überlassen bleiben, es bedarf eines öffentlichen Korrektivs.

Für die Integration der Zuwanderer, aber auch für die Entwicklung unserer eigenen Kinder stellen sich aus unserer Sicht den Schulen große Herausforderungen. Wir hatten im vergangenen Jahr versucht, in einer Arbeitsgruppe einmal über bauliche Standards und

Ausstattung von Schulen nicht nur unter unterhaltungsgesichtspunkten, sondern auch unter pädagogischen Aspekten zu reden. Das ist nicht besonders gut gelungen.

Die Aufgabe stellt sich aber weiterhin. Aus unserer Sicht ist eine Erhebung und Bewertung des Gebäudezustandes und der Einrichtung unserer Schulen aus baulicher, unterhaltungstechnischer und vor allem pädagogischer Sicht erforderlich. Das muß zur Anpassung der vorhandenen Bausubstanz an moderne pädagogische Standards führen. Dabei ist insbesondere auch die Prüfung und Planung von Erweiterungsmöglichkeiten für Aufnahme zusätzlicher Kinder und eine Neukonzeption der Außen- und Sportanlagen erforderlich.

Dies Arbeiten müssen im Jahr 2016 beginnen. Ich hoffe, dass wir dann die Debatte über den Haushalt 2017 nicht über Parkhäuser, sondern um die Qualität und die Investitionen in unsere Schulen führen können.